

Antrag der Fraktion der FDP**Fachkräftemangel – Attraktivität des Erzieherberufs steigern!**

Gute Startbedingungen stellen die Weichen für ein Leben voller Chancen. Jedes Kind sollte von dem profitieren, was eine gute Kita leisten kann, nämlich liebevolles Betreuen, angemessenes Fordern und frühzeitiges Fördern.

Umso härter trifft uns der Familienreport, den das Bundesfamilienministerium Mitte Mai dieses Jahres vorstellte. Laut diesem stellt Bremen beim Anteil der betreuten Kinder in den Tagesstätten im bundesweiten Vergleich das Schlusslicht dar. Sowohl bei den unter Dreijährigen als auch bei den Kindern zwischen drei und fünf Jahren ist die Betreuungsquote in unserem Bundesland am geringsten. Im vergangenen Jahr erhielten lediglich 30,7 Prozent der Kinder unter drei Jahren einen Platz in einer Kindertageseinrichtung. Ganze 14 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen blieb ein Kitaplatz verwehrt, dabei besteht bei Vollendung des ersten Lebensjahres bis zur Einschulung ein gesetzlicher Anspruch auf einen Betreuungsplatz, der maßgeblich zur frühkindlichen Bildung beiträgt.

Vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels in unseren Kitas ist es heute wichtiger denn je, die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken und von Maßnahmen, die sich negativ auf die Arbeitsplatzattraktivität auswirken können, abzusehen. So gewinnt Bremen nicht nur keine neuen Erzieherinnen und Erzieher, sondern verliert dringend benötigtes Personal. Der Fokus sollte auf Lösungen liegen, die für Entlastung sorgen und Kreativität vor Ort begünstigen. Dazu muss sich der Senat intensiv mit den Ansprüchen der Menschen, die sich für den Beruf interessieren und den Erzieherinnen und Erziehern, die aktuell an unseren Kitas tätig sind, auseinandersetzen.

Wichtig bleibt: Jedes Kind in Bremen sollte eine Kita besuchen können, die personell gut ausgestattet ist, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingeht und die Kinder bestmöglich frühkindlich bildet.

In einem ersten Schritt ist es daher von besonderer Wichtigkeit, die Attraktivität des Arbeitsplatzes Kita zu steigern, um mehr Menschen für den Erzieherberuf zu gewinnen.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die jährliche Durchführung einer vollumfänglichen Mitarbeiterbefragung zu veranlassen, in der ermittelt wird, aus welchen Gründen der Erzieherberuf für viele Menschen offenbar nicht mehr leistbar ist oder gar nicht erst ergriffen wird und zu diesem Zwecke
 - 1.1 unter anderem detaillierte Fragen zu folgenden Kriterien zu stellen: Arbeitszufriedenheit, Arbeitsbedingungen, Arbeitsklima, Arbeitsbelastung, Herausforderungen, Motivation, Wünsche, räumliche Ausstattung;
 - 1.2 detailliert zu ermitteln, welche Gründe hinter den Kündigungen von Erzieherinnen und Erziehern in Bremen stehen;
 - 1.3 detailliert zu ermitteln, welche Gründe hinter der Reduzierung der Arbeitszeit von Erzieherinnen und Erziehern in Bremen stehen;
 - 1.4 detailliert zu ermitteln, warum Erzieherinnen und Erzieher arbeitsunfähig werden;
 - 1.5 detailliert die Zahl der Abbrecher/Wechsler in der Erzieherausbildung und dahinterliegende Gründe zu ermitteln.
2. die Ergebnisse der im ersten Beschlusspunkt geforderten Mitarbeiterbefragung jährlich anonymisiert zu veröffentlichen, sie zu evaluieren und sinnvolle Maßnahmen aus diesen abzuleiten, die dazu führen, dass die Fehlstände behoben werden, indem unter anderem die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher verbessert und zeitgemäßer gestaltet werden;
3. bessere Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in der Frühkindlichen Bildung umzusetzen durch
 - 3.1 die verstärkte Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Verwaltungsaufgaben und hauswirtschaftliche Tätigkeiten übernehmen, um Erzieherinnen und Erzieher sowie Kita-Leitungen zu entlasten;
 - 3.2 die Digitalisierung notwendiger Verwaltungsabläufe, um Bürokratie abzubauen und Erzieherinnen und Erzieher sowie Kita-Leitungen zu entlasten;
 - 3.3 die Überprüfung von Dokumentationspflichten, die nicht der pädagogischen Arbeit oder der Verhütung von

Kindeswohlgefährdung dienen, auf Sinnhaftigkeit und Effizienz, um Bürokratie abzubauen;

4. der städtischen Deputation für Kinder und Bildung innerhalb von sechs Monaten einen Bericht zu erstatten, in welcher Form und mit einem Zeitplan hinterlegt, die Beschlusspunkte umgesetzt werden können.

Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP